



Meinung

Warum ich für die Auflösung der EU bin

8. Dezember 2025

7,8 Minuten Lesezeit

von **Jochen Mitschka**

Als Jugendlicher war ich überzeugter Vertreter der europäischen Idee, aber inzwischen wurde aus dieser Idee ein Werkzeug von politischen Eliten, das nicht reformierbar ist, und durch etwas Neues ersetzt werden muss. Es lebe die schöpferische Zerstörung!

Ich war nicht nur aktiv im Deutsch-Französischen Jugendwerk, sondern 1971 auch Vorstandsmitglied in [AFASP \(https://www.afasp.net/\)](https://www.afasp.net/) und

Chefredakteur der Zeitung [Dialog \(https://www.afasp.net/pr%C3%A4sentation/dialog/\)](https://www.afasp.net/pr%C3%A4sentation/dialog/) (bis der Intendant des Saarländischen Rundfunks, der die Zeitung kostenlos druckte, meinte, ich solle weniger kontroverse Themen behandeln und vorschlug, ein „Herausgeber“ müsse die Artikel freigeben.) Ich reiste mit dem Jugendticket der deutschen Bahn durch ganz Europa, war begeistert von der Vielfalt der Kulturen, stieß auf Vorurteile gegenüber Deutschen aber auch auf Offenheit, und für mich war das Zusammenrücken eines friedlichen Europas ein absolutes MUSS. Wobei mir de Gaulles Ideen des „[## **Die gescheiterte Idee**](https://www.cvce.eu/en/recherche/unit-content/-/unit/o2bb76df-d066-4c08-a58a-d4686a3e68ff/c1ed0bc8-e8f2-4c77-b77a-c18cf59fe08c/Resources#93da7deo-9b3c-4910-9eec-3fabfe4b7024_en&overlay)““ gefiel, weil er den anglo-amerikanischen Einfluss einschränken wollte.</p></div><div data-bbox=)

Aber was wurde aus den wunderbaren Ideen von Kooperation, Frieden, Freundschaft und Handel? Heute wissen wir, dass die EU ein Konstrukt ist, welches die Politiker lieben, weil sie nicht mehr selbst vor ihren Wählern die Verantwortung für unpopuläre Entscheidungen übernehmen müssen. Die EU hat sich in das Gegenteil von Demokratie entwickelt. Das hat mit zwei Faktoren zu tun.

1. Je größer eine politische Einheit ist, desto geringer ist der Einfluss des Einzelnen auf seine Politikführung. Und desto besser funktioniert die Politik von Netzwerken, politischen Einflussnehmern und letztlich „teile und herrsche“. Wodurch Veränderungen der Politik je schwieriger werden, je größer diese politische Einheit ist.
2. Politiker haben schnell erkannt, wie nützlich die EU für ihre eigene politische Absicherung ist. Zwar bestimmen sie innerhalb der Entscheidungszirkeln mit, aber letztlich treten sie vor ihre Wähler und sagen „*das hat die EU beschlossen, da können wir nichts dran ändern*“, egal wie sehr die eigene Bevölkerung die EU-Politik ablehnt.

Als die politische Elite versuchte, die EU als feste Institution unter endgültiger Ausschaltung der Souveränität der einzelnen Länder zu etablieren, zeigte sich, dass bei Volksabstimmungen dafür keine Mehrheit zu bekommen war. Der Traum war aus? Nein, sondern der Plan wurde geändert. Dann kamen die Lissabon-Verträge. Stück für Stück wurde die Souveränität der Länder im Schleichtempo eingeschränkt, obwohl durch die Ablehnung der Referenden bekannt war, dass die Bevölkerung genau dies nicht wünschte. Es folgte:

- Erweiterung der qualifizierten Mehrheitsentscheidung: In mindestens 45 Politikbereichen (z. B. Justiz, Innenpolitik, Umwelt) wurde vom Einstimmigkeitsprinzip auf Mehrheitsentscheidungen umgestellt. Dies reduziert das Vetorecht einzelner Staaten und verschob Macht zur EU-Ebene (z. B. Doppelmehrheit: 55 % der Staaten, die 65 % der Bevölkerung repräsentieren).
- Rechtspersönlichkeit der EU: Die EU wurde zu einer einheitlichen juristischen Person, was es ihr ermöglicht, unabhängig von den Staaten Verträge abzuschließen und internationale Beziehungen zu führen.
- Stärkung der EU-Institutionen: Schaffung eines ständigen Präsidenten des Europäischen Rates, einer Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik; Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments (z. B. Mitentscheidung in mehr Bereichen); Verbindlichkeit der Charta der Grundrechte.
- Kompetenzverteilung: Explizite Kategorisierung in exklusive EU-Kompetenzen (z. B. Zollunion, Wettbewerbsrecht), geteilte Kompetenzen (z. B. Binnenmarkt, Landwirtschaft) und unterstützende Kompetenzen. Passerelle-Klauseln erlauben es, von Einstimmigkeit zu Mehrheit überzugehen, ohne neue Verträge.

Ein „Bundestaat Europa“ würde zur neuen Sowjetunion

So sehr ich [Frau Professor Guérot schätze \(https://apolut.net/ein-hauch-von-europaeischem-geist-von-jochen-mitschka/\)](https://apolut.net/ein-hauch-von-europaeischem-geist-von-jochen-mitschka/), so sehr muss ich ihre Annahme, dass eine vollständige Integration endlich den Traum von

Demokratie wahr werden ließe bestreiten. Das Gegenteil wäre der Fall. Die USA war von Anfang an ein Einwanderungsland ohne eigene Kultur und Geschichte. Diese wurde erst geschaffen, und jeder der hinzu kam, unterwarf sich den Narrativen und der Kultur. Zusätzlich gibt es eine einheitliche Sprache und eine große homogenisierende Kraft: Alle die kamen waren Migranten.

In Europa gibt es viele Kulturen und Geschichten, es gibt vor allen Dingen viele Landessprachen, und KEINE einheitliche Sprache, die jeder im Land verstehen muss, bevor er die Staatsangehörigkeit „EU-Bürger“ erhält.

Der Lobbyistentraum

Aber wir sind alleine durch die Verträge, welche sich die Politiker erschlichen haben, fast nun angekommen in einer neuen „*Sowjetischen Ordnung*“, in der die Wähler praktisch keinen Einfluss mehr haben. Einerseits durch die Größe und Komplexität der Organisation, andererseits durch antidemokratische Parteienküngelei. Es gibt jedoch eine Gruppe, die besonders von dieser Entwicklung profitiert, das ist die Industrie des Lobbyismus. War es schon günstiger, statt 80 Millionen Deutsche zu überzeugen, einer Handvoll Abgeordneter „die Idee“ schmackhaft zu machen, war es nun mit dem neuen „Kaiserreich“ und seiner ungewählten Bürokratie noch einfacher, hatte man dort einen noch größeren Hebel.

Der Traum der Imperialisten

Es gibt einen weiteren Grund, warum die alten Kolonialmächte von einem Bundesland „*Europäische Union*“ träumen. Das manifestierte sich z.B. in einem Interview mit dem österreichischen [Oberst Reisner in nTV \(https://youtu.be/f3c96Z9-zss?si=OTvDlLrEG6rnH68l\)](https://youtu.be/f3c96Z9-zss?si=OTvDlLrEG6rnH68l). Darin stellte der Soldat gegen Ende implizit fest, dass sich mächtige Militärmächte „einfach nehmen“ können, was sie wollen, woraus er den Schluss zog, dass die EU genau so mächtig wie die USA oder China werden müsste, natürlich in erster Linie militärisch. Dahinter versteckt sich die Idee der alten

Kolonialmächte, gemeinsam wieder zu einer Kraft zu werden, wie das einzelne Land früher einmal war, um mit anderen Mächten, welche imperiale Ambitionen haben, konkurrieren zu können.

Das ist ein typisches koloniales Denken in Kanonenbootdiplomatie und später Flugzeugträger-Ideologie. Aber es versteht nicht, dass diese Zeiten nun, im 21. Jahrhundert zu Ende gehen.

Statt bei den „Großen“ mit Atomwaffen und Rüstung mitzuspielen, stehen die Zeichen der Zeit auf Kooperation und Ausgleich, auf Diplomatie und Handel, statt zum „Schläger“ auf dem Schulhof zu werden, den man fürchtet, sollte man versuchen, der gesuchte Vermittler, der klugen Verhandler und der geschickte, auf Ausgleich setzenden NEUTRALE Gesprächspartner zu werden. Jemand, der mit allen Seiten nicht nur Geschäfte macht, sondern von allen Seiten geachtet wird. Nicht gefürchtet wegen seines Militärs, sondern anerkannt ob seiner Neutralität und seiner Nichterpressbarkeit. Man könnte es „[Friedenspolitik \(https://tkp.at/2025/11/13/wollt-ihr-kriegstuechtig-werden/\)](https://tkp.at/2025/11/13/wollt-ihr-kriegstuechtig-werden/)“ nennen. Ja, ein Unwort, aber solche Unworte machen manchmal Geschichte.

Alles Dinge von denen die EU unglaublich weit entfernt ist. Weil die m.E. unfähigen Politiker in Denkschablonen vergangener Perioden hängen geblieben sind. Nicht zuletzt, weil sie die Vernichtung durch mediale Shitstorms erwarten, sollten sie aus der Reihe tanzen.

Die Auflösung der EU

Der allererste Schritt dazu ist die Auflösung der EU! Denn es gibt Länder, die einfach nicht bereit sind, die neue Rolle zu unterstützen. Dazu gehören einerseits alte Kolonialländer und andererseits aufstrebende Mächteger-Regional-Hegemonen, ich will mal davon absehen, Namen zu nennen. Jeder kann sich denken, wen ich meine.

Im Rahmen der Auflösung muss natürlich der Rückfall in die wirtschaftliche

Kleinstaatlichkeit verhindert werden, indem die Zollschränken abgebaut bleiben, andererseits der Euro nur noch eine Zusatzwährung zur eigenen Währung ist, wodurch die Länder die Möglichkeit haben, monetär flexibel auf wirtschaftliche Entwicklungen zu reagieren.

Dann müsste Deutschland als bis dahin größte Wirtschaftsmacht vorpreschen und erklären, eine Friedenspolitik entwickeln zu wollen. Das würde einerseits die Furcht anderer europäischer Länder vor dem alten „Schläger“ Deutschland reduzieren, und andererseits neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnen.

Als Vorbild könnte die Geschichte der blockfreien Staaten dienen. Die Bewegung der Blockfreien Staaten (Non-Aligned Movement, NAM) wurde 1961 auf der Konferenz in Belgrad gegründet, um Ländern eine neutrale Position im Kalten Krieg zwischen dem kapitalistischen Westen und dem kommunistischen Osten zu ermöglichen. Während der 1960er bis 1980er Jahre wuchs die Bewegung auf über 100 Mitglieder an, hauptsächlich aus Afrika, Asien und Lateinamerika, und diente als Plattform gegen Kolonialismus, Imperialismus und für wirtschaftliche Entwicklung sowie Abrüstung. Es gibt sie noch, aber durch den Wegfall der Systemkonkurrenz des ersten kalten Krieges ist sie nicht mehr wirklich relevant. Außerdem wurde sie als Stimme des Globalen Südens wahrgenommen. Es gibt keine entsprechende Bewegung im Bereich der ehemaligen Kolonialstaaten bzw. Imperien.

Eine Bewegung mit Deutschland im Zentrum und evt. sogar mit dieser Bewegung verbunden oder später verschmolzen, könnte die alten Ideen mit neuen Zielen verbinden, für Abrüstung, Verhandlung statt Krieg, Armutsbekämpfung und globale Fairness eintreten.

Allerdings wird das Erreichen eines solchen Ziels mit jedem Tag in größere Ferne gerückt, da Deutschland in der aktuellen Form Israels Politik unterstützt und sich gegen einen Frieden in der Ukraine wendet. Offenbar,

um mit den Worten von Oberst Reisner zu sprechen, den Krieg bis 2030 hinauszuzögern bis man sich für militärisch mächtig genug hält, in den Krieg gegen Russland einzutreten.

Fazit

An dieser Stelle kann natürlich kein komplettes Konzept entwickelt werden, abgesehen davon, dass es niemanden mit Entscheidungsmacht kümmert, andererseits sollte es zum Nachdenken anregen, damit Menschen besser verstehen, wenn ihre Politiker wieder Sonntagsreden halten.

Bild: Screenshot aus Video

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um Unterstützung.

Folge TKP auf Telegram oder GETTR und abonniere unseren Newsletter

WERBUNG



Wachsender Widerstand gegen kriegerische und bevormundende EU-Politik (<https://tkp.at/2025/06/27/wachsender-widerstand-gegen->

kriegerische-und-bevormundende-eu-politik/)

Die große Enteignung – wie sich die EU auf Kosten ihrer Bürger sanieren könnte (<https://tkp.at/2025/12/03/die-grosse-enteignung-wie-sich-die-eu-auf-kosten-ihrer-buerger-sanieren-koennte/>)

Wollt ihr kriegstüchtig werden? (<https://tkp.at/2025/11/13/wollt-ihr-kriegstuechtig-werden/>)